

UNTERRICHTUNG

durch die Landesbeauftragte Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Jahresbericht 2012

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Einleitung	3
2. Beratung	5
2.1 Bürgerberatung	5
2.2 Beratung öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen	9
3. Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“	10
4. Politisch-historische Aufarbeitung	14
4.1 Forschungsprojekte	14
4.2 Veröffentlichungen	16
4.3 Veranstaltungen	17
4.4 Ausstellungen	18
5. Zusammenarbeit	19
6. Anhang mit Grafiken und Tabellen	22

1. Einleitung

Achtzehn Mal wurde dieser Bericht geschrieben, Jahr für Jahr. Die Medien haben den Bericht immer aufmerksam begleitet. Die Abgeordneten des Landtages haben diesen Bericht hoffentlich immer zur Kenntnis genommen.

In meiner Amtszeit habe ich nur von wenigen Landespolitikern aller demokratischen Parteien erfahren, ob und wie sie sich mit dem Bericht unserer Arbeit auseinandergesetzt haben.

Dass dieser Tätigkeitsbericht auch zukünftig notwendig ist, zeigen die vielen Anfragen bei der Beratung. Ob Anfragen zur sogenannten „Opferrente“, Anfragen zu den Fondsvereinbarungen Betroffener von DDR-Heimerziehung bis hin zur Herstellung und Begleitung der Kontakte zu amtlichen Stellen, überall dort ist die Kompetenz der Landesbeauftragten gefragt. Das wird auch weiterhin so sein und ein Hauptschwerpunkt der Tätigkeit der Landesbeauftragten darstellen.

Im Jahr 2012 war das öffentliche Interesse an der jüngsten Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns insbesondere durch zwei Themen geprägt:

1. der Installierung der Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ bei der Landesbeauftragten,
2. den 60. Jahrestag der Errichtung des Grenzgebietes und der ersten Zwangsaussiedlungswelle.

Zum 1. Juli 2012 haben der Bund und die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt sowie die Freistaaten Sachsen und Thüringen den Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ mit einem Volumen von insgesamt 40 Millionen Euro auf der Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 7. Juli 2011 sowie der Beschlüsse der Jugendministerinnen und Jugendminister vom 27. Mai 2011 errichtet. Der Fonds wird spätestens am 30. Juni 2017 enden, Vereinbarungen können bis zum 30. Juni 2016 getroffen werden. Die Anlauf- und Beratungsstelle für Mecklenburg-Vorpommern nahm ihre Arbeit am 1. Juli 2012 mit zwei Beratern auf.

Zu Beginn des Fonds wurde die Anlauf- und Beratungsstelle von einer Flut von Anträgen für Beratungsgespräche überrollt, die zu bewältigen waren.

Mein außerordentlicher Dank gilt der Mitarbeiterin und dem Leiter der Beratungsstelle, denn sie werden ungefiltert mit den Erfahrungen und damit einhergehenden Gefühlsausbrüchen der Betroffenen konfrontiert.

Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die nicht zuletzt durch ihren Einsatz die Anlauf- und Beratungsstelle zum Laufen gebracht haben.

Vor 60 Jahren, am 13. Mai 1952 beschloss das Politbüro der SED Maßnahmen zum weiteren Ausbau der innerdeutschen Grenze. Damals begann die Zwangsaussiedlung aus dem neu geschaffenen Sperrgebiet. Intern trug die Maßnahme, in der über 8.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden, den Decknamen „Aktion Ungeziefer“. Viele der Ausgesiedelten hatten ihr Leben lang Angst, über ihr Schicksal zu reden. Niemand wollte schließlich noch einmal „abgeholt“ werden. Die Zurückgebliebenen im Sperrgebiet schlossen ihre Erinnerungen tief in sich ein. Die „Abholer“ haben bis heute kein Interesse daran, über das Erlebte öffentlich zu sprechen.

Gerade auch deshalb erinnerten wir an das Geschehene mit mehreren Veranstaltungen. Damit sich das Unrecht nicht wiederholt, werden wir auch künftig die Erfahrungen an die nachfolgende Generation weitergeben.

Eine gute Gelegenheit mit der jungen Generation an Themen der Diktaturgeschichten des 20. Jahrhunderts zu arbeiten, bietet auch der im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung betriebene Bildungsbus „Demokratie auf Achse“.

Im Berichtszeitraum sind wieder viele Veranstaltungen in Städten und Gemeinden des Landes und insbesondere in Schulen durchgeführt worden. Aus meiner Sicht ist dieses Projekt, welches direkt in den Regionen stattfindet, ein Vorzeigemodell für die lebendige Vermittlung von Zeitgeschichte und Demokratiebewusstsein.

Ein Tätigkeitsbericht ist immer eine gute Gelegenheit, sich bei den vielen fleißigen Mitsreitern in den Ministerien und dem Landtag, bei den Abgeordneten und auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbeauftragten für ihre Arbeit, für ihre Unterstützung und für ihre Begleitung herzlich zu danken.

Ein herzliches Dankeschön gebührt an dieser Stelle der unermüdlich wirkenden Mitarbeiterin Brigitte Munser, die seit 20 Jahren erste Ansprechpartnerin für die Betroffenen ist, die die Verwaltung der Behörde selbstständig organisiert und engagiert bei jeder Veranstaltung mitwirkt.

2. Beratung

Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, sich persönlich, aber auch schriftlich oder telefonisch an die Geschäftsstelle der Landesbeauftragten in Schwerin zu wenden. Darüber hinaus werden aber auch externe Beratungstage an verschiedenen Orten im Land durchgeführt. In Rostock wurden, wie auch in den vergangenen Jahren, regelmäßige monatliche Beratungstage angeboten, dazu gab es in Kooperation mit den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Beratungsangebote in Bützow, Schönberg, Neustadt-Glewe, Pasewalk, Kühlungsborn und Plau am See. Mit dem Bus „Demokratie auf Achse“ wurden im Rahmen von Beratungstagen auch die Bürgerinnen und Bürger in zwölf weiteren Orten in Mecklenburg-Vorpommern erreicht, so in Grabow, Hagenow, Ludwigslust, Teterow, Schwaan, Ribnitz-Damgarten, Anklam, Wolgast, Ducherow, Gnoien, Kühlungsborn und Altentreptow.

Einen großen Prozentsatz der ratsuchenden Bürgerinnen und Bürger, die sich an die Behörde der Landesbeauftragten wandten, machten im Berichtsjahr 2012 ehemalige Heimkinder aus. In den Tätigkeitsberichten der vergangenen Jahre wurde wiederholt über dieses Thema informiert und auch über die anstehenden Lösungsmöglichkeiten für diese Betroffenengruppe. Ergebnis der Beratungen des „Runden Tisches Heimerziehung“ war die Einrichtung eines Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ zum 1. Januar 2012. Für die Betroffenen der DDR-Heimerziehung wurde mit Datum 1. Juli 2012 der Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ errichtet. In Vorbereitung der Betreuung dieser speziellen Betroffenengruppe konnte bei der Behörde der Landesbeauftragten die Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ am 1. Juli 2012 ihre Arbeit aufnehmen. Diesem neu hinzugekommenen Arbeitsbereich ist in diesem Tätigkeitsbericht ein eigenes Kapitel gewidmet.

2.1 Bürgerberatung

Der große Bedarf an Beratungsmöglichkeiten zu Fragen der Rehabilitierung, zu Akteneinsichten und zur Opferrente, Archivrecherchen oder auch nur der Gesprächsbedarf zu Themen der SBZ/DDR-Vergangenheit im Berichtsjahr 2012, bildet sich in den vielen Anfragen an die Geschäftsstelle der Landesbeauftragten ab. Während in den Vorjahren Beratungsbedarf besonders zu den Möglichkeiten der Strafrechtlichen und Beruflichen Rehabilitierung bestand, überwogen im Jahr 2012 Nachfragen zu Recherchemöglichkeiten und Entschädigungsleistungen für Betroffene von Einweisungen in die Einrichtungen der Jugendhilfe der DDR. Auch das Interesse an der Akteneinsicht ist nach wie vor sehr groß. Die Bürgerinnen und Bürger nutzten gern die Möglichkeit, direkt in der Dienststelle der Landesbeauftragten Einsicht in ihre Stasi-Unterlagen zu beantragen und verbanden die Antragstellung häufig mit ihrem Bedarf, sich mit den Mitarbeitern der Landesbeauftragtenbehörde über ihre DDR-Erfahrungen oder Verfolgungsschicksale aussprechen zu können. Ebenso gern wurden die externen Beratungsangebote in den verschiedenen Städten und Gemeinden des Landes angenommen.

Der Zeitpunkt der eigenen Auseinandersetzung mit der gemachten Diktaturerfahrung ist sehr individuell und kann nicht anhand von Fristen und Zeitspannen vorgegeben werden und sie braucht Raum und Zeit. Im Berichtszeitraum 2012 wandten sich über 1.100 Ratsuchende an die Einrichtung der Landesbeauftragten. Es sind heute nicht mehr ausschließlich persönlich Betroffene politischer Verfolgung. Schicksalsklärung und Aufarbeitung ist zunehmend auch ein Thema zwischen den Generationen. Kinder und Enkel versuchen heute die persönliche Aufarbeitung nachzuholen, die durch die Elterngeneration verdrängt oder verweigert wurde.

Das betrifft dann nicht nur die Aufarbeitung von Verfolgungs- und Ohnmachtserfahrungen innerhalb der Familien, sondern auch von Schuld und Verstrickung in das politische Unrecht. Bedeutung hat hier die achte Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom 4. November 2011. Mit der Novellierung wird unter anderem der erleichterte Zugang zu den Unterlagen verstorbener naher Angehöriger ermöglicht.

Im Berichtsjahr 2012 haben sich insgesamt 1.123 Bürger mit ihren Beratungsanfragen an die Bürgerberatung der Landesbeauftragten gewandt. 948 Personen nutzten erstmals das Beratungsangebot. 395 Bürger wurden zu Rehabilitierungsverfahren, zu Fragen der Opferrente und persönlichen Konfliktsituationen beraten. 220 Personen suchten zu Rehabilitierungsfragen erstmals Rat bei der Landesbeauftragten. Diese Zahl blieb relativ konstant, so sind für 2011 auch 219 Anfragen zu verzeichnen. 175 Personen wandten sich wiederholt an die Landesbeauftragte, darunter etliche Bürgerinnen und Bürger, die schon seit Jahren betreut werden (siehe Grafik 1).

Die Antragszahlen in den drei Außenstellen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern sind, im Vergleich zum Vorjahr nicht gesunken (Tabelle 1). Schon der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen hat in seinem Jahresbericht 2012 auf die Antragszunahme verwiesen und verschiedene Gründe dafür genannt.¹

Nach erfolgter Einsicht in die Stasi-Unterlagen besteht für die Antragsteller die Möglichkeit, eine Decknamenentschlüsselung zu beantragen, um die tatsächlichen Namen der in den Stasi-Akten benannten inoffiziellen Mitarbeiter (IM) herauszufinden. In der Außenstelle Schwerin des Bundesbeauftragten wurden im Berichtsjahr 668 Anträge auf Decknamenentschlüsselung gestellt, in Rostock 469 und in Neubrandenburg 325.

Von Januar bis Dezember 2012 wurden beim Referat Rehabilitation und Wiedergutmachung im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern 141 Anträge auf Zahlung der Kapitalentschädigung für zu Unrecht erlittene Haft nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitation sowie 192 Anträge auf Berufliche oder Verwaltungsrechtliche Rehabilitation gestellt.

Insgesamt sind seit Inkrafttreten des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1992 bis Ende 2012 in Mecklenburg-Vorpommern 12.322 Anträge auf Zahlung der Kapitalentschädigung nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitation gestellt worden.

Nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sind seit Inkrafttreten 1994 in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 17.736 Anträge gestellt worden, davon 12.452 auf Berufliche Rehabilitation und 5.284 auf Verwaltungsrechtliche Rehabilitation. Bis Dezember 2012 wurden insgesamt 12.386 endgültige Bescheide erteilt, darunter waren 7.522 Bewilligungen inklusive Teilablehnungen. 4.864 Anträge wurden abgelehnt. Ende 2012 waren im Referat Rehabilitation und Wiedergutmachung 163 Anträge nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz noch nicht abschließend bearbeitet.

Im August 2007 wurde das Gesetz über die Gewährung der besonderen Zuwendung für Haftopfer (sogenannte Opferrente) verabschiedet. Im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern sind seit 2007 insgesamt 6.353 Anträge auf Gewährung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes eingegangen.

¹ Elfter Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 2011 und 2012, S. 46 ff.

Im Berichtszeitraum 2012 wurden insgesamt 315 neue Anträge eingereicht. Von 2007 bis zum 31.12.2012 wurde für insgesamt 4.552 Antragsteller die Zuwendung in voller Höhe von 250 Euro bzw. teilweise bewilligt. Abgelehnt wurden seit 2007 insgesamt 732 Anträge, davon 267 wegen Unterschreitung der Mindesthaftdauer, 67 wegen Überschreitung der Einkommensgrenze und 115 wegen Ausschließungsgründen.

Ehemalige politische Häftlinge, die strafrechtlich rehabilitiert wurden oder eine Anerkennung nach dem Häftlingshilfegesetz haben, die aber wegen einer zu kurzen Haftdauer von unter sechs Monaten nicht die sogenannte Opferrente bekommen, können bei der Bonner Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Unterstützungsleistungen beantragen (Tabellen 2 und 3).

Bis Ende Dezember 2012 lagen bei der zuständigen Abteilung Soziales im Versorgungsamt Neubrandenburg des Landesamtes für Gesundheit und Versorgung Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 886 Anträge auf Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden vor. In lediglich 105 Fällen erfolgte eine Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden von über 25 % Grad der Schädigungsfolgen (GdS) als Voraussetzung für die Gewährung von Versorgungsleistungen, wie der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz. Das bedeutet, fünf Geschädigte mehr als 2011 erhielten 2012 eine Anerkennung auf über 25 % GdS.

Die Erfahrungen aus der Beratungsarbeit zeigen ein anderes Bild. Der tatsächliche Gesundheitszustand der ehemaligen politisch Verfolgten bildet sich in diesen Zahlen nicht ab. Warum so wenig neue Anträge auf verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden gestellt wurden, kann nur vermutet werden. Den Betroffenen ist die restriktive Praxis in den Anerkennungsverfahren bekannt. Nachfragen der Landesbeauftragten in den Beratungen und den Gesprächen mit den Opferverbänden ergaben, dass sich viele der inzwischen rehabilitierten Betroffenen von den langen und nervenaufreibenden Antragsverfahren abschrecken lassen und die entsprechenden Anträge gar nicht erst stellen. Gerade für Betroffene, die aufgrund ihrer Repressionserfahrungen unter Posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, besteht hier die Gefahr einer Retraumatisierung. Mögliche Verfahrenserleichterungen wurden in den vergangenen Jahren durch die Landesbeauftragten immer wieder angemahnt. Dazu gehört auch, dass für die Begutachtung der körperlich und seelisch geschädigten Betroffenen nur fachlich versierte Gutachter eingesetzt werden, die außerdem über Kenntnisse der Repressionspraktiken der sowjetischen Besatzungszone und der DDR verfügen.

Fallbeispiel Frau A. (Name geändert)

Wie umfangreich sich die Betreuung von Bürgerinnen und Bürgern in Einzelfällen gestalten kann, soll mit dem folgenden Beratungsfall beispielhaft aufgezeigt werden:

Frau A. hatte sich bereits 2010 an die Bürgerberatung der Landesbeauftragten gewandt. Dabei berichtete Frau A., dass sie 1946 zusammen mit ihrem Mann und den drei Kindern von München nach Greifswald umgezogen war, um die schwerkranke Schwiegermutter zu pflegen. Während ihr Mann eine Arbeit bei der Reichsbahn aufnahm, kümmerte sich Frau A. um die Kinder und pflegte ihre Schwiegermutter, welche dann nach einiger Zeit verstarb.

Obwohl ursprünglich die Rückkehr nach München vorgesehen war, verblieb die Familie aufgrund der schwierigen finanziellen Lage in Greifswald. In der Folge wurde das Geld für die Familie immer knapper, sodass Frau A. erstmalig im Jahre 1951 zusammen mit ihrer 10-jährigen Tochter eine Reise in den Westteil Berlins unternahm, um Buntmetall zu verkaufen. Auf der zweiten Reise, die sie im August 1951 alleine unternahm, wurde Frau A. im Zug von Greifswald nach Berlin dann unter Schmuggelverdacht verhaftet. Mit der Inhaftierung wurden auch ihre drei Kinder im Alter von 6, 8 und 10 Jahren aus der elterlichen Wohnung geholt und getrennt in verschiedenen Kinderheimen in Greifswald untergebracht. Frau A. erhielt zudem die Mitteilung, dass die elterliche Wohnung aufgelöst wurde und sämtliche Einrichtungsgegenstände in einer Scheune untergestellt worden wären. Allerdings sollte Frau A. auch nach ihrer Haftentlassung diese persönlichen Dinge und Erinnerungsstücke nie wieder sehen.

Schließlich wurde Frau A. mit Urteil des Kreisgerichts Greifswald vom 22.11.1951 wegen Verstoßes gegen das DDR-Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels und Verbrechens gegen die WStVO/DDR zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Dieses Urteil wurde zwischenzeitlich mit Beschluss der Rehabilitierungskammer am Landgericht Rostock vom 30.10.2012 für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben und Frau A. damit rehabilitiert. Ebenso ist Frau A. noch für zwei weitere Verurteilungen aus politischen Gründen zwischenzeitlich rehabilitiert worden. Bei diesen Rehabilitierungsbemühungen wurde Frau A. von der Bürgerberatung bei der Landesbeauftragten unterstützt.

Nunmehr haben sich Frau A. und ihre älteste Tochter, Frau B. im September 2012 nochmals mit der Bitte um Unterstützung in ihrem Rehabilitierungsanliegen an die Landesbeauftragte gewandt. Denn zwei der Töchter von Frau A. hatten sich ebenfalls um eine Rehabilitierung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz für die Heimunterbringungen, die teilweise auch mit traumatischen Erlebnissen verbunden waren, bemüht. Die zuständige Staatsanwaltschaft beantragte allerdings in beiden Fällen die Ablehnung der Rehabilitierungsanträge, da aus ihrer Sicht die Heimunterbringung der Kinder ausweislich eines Schreibens des Stadtarchivs Greifswald laut der Einwohnermeldekartei bereits im Jahre 1946 und damit vor der Inhaftierung der Mutter erfolgt wäre. Weitere Unterlagen zu den Heimaufenthalten der Kinder konnte die Staatsanwaltschaft nicht mehr ermitteln. Damit stünde die Heimunterbringung der Kinder nicht im Zusammenhang mit der politischen Verfolgung von Frau A., sodass die Voraussetzungen für eine strafrechtliche Rehabilitierung nicht vorliegen würden. So wurde der Antrag von Frau B. schließlich von der Rehabilitierungskammer am Landgericht Rostock abgelehnt und die anschließende Beschwerde von Frau B. mit Beschluss des Senats für Rehabilitierungssachen am Oberlandesgericht vom 06.09.2012 als unbegründet verworfen. Eine weitere Anfechtung dieser Entscheidung durch Frau B. war nicht möglich.

Daraufhin wurde mit Unterstützung der Landesbeauftragten versucht, Unterlagen zu den Heimaufenthalten zu recherchieren. Die Anfrage beim Stadtarchiv Greifswald verlief teilweise erfolgreich. Zwar konnten dort weiterhin keine Vorgänge zur Heimeinweisung der Geschwister ermittelt werden, doch zumindest die Kopien der Meldekarten der Familie aus dem Melderegister konnten zur Verfügung gestellt werden. Die Eintragungen in den Karteikarten der Geschwister enthielten sowohl den Umzug der Familie nach Greifswald, datiert auf das Jahr 1946, und in den folgenden Zeilen auch die Anschriften der Kinderheime, in denen diese untergebracht waren. Die Eintragungen der Heimaufenthalte waren allerdings ohne konkrete Datierung, sodass nun die Frage entstand, wie die Staatsanwaltschaft zu der Annahme gelangen konnte, dass die Heimeinweisung der Kinder im Jahre 1946 erfolgt sein muss. Daraufhin wurde bei der Staatsanwaltschaft das Schreiben des Stadtarchivs Greifswald, worauf sich die Staatsanwaltschaft in ihrer Stellungnahme bezogen hatte, angefordert.

Doch auch in diesem Schreiben wurde lediglich bestätigt, dass die Heimunterbringung der Kinder von Frau A. nach 1946 erfolgt sein muss. Eine entsprechende Nachfrage bei der zuständigen Mitarbeiterin im Stadtarchiv Greifswald bestätigte diese Feststellung.

Damit stand nun erwiesenermaßen fest, dass die Feststellung der Staatsanwaltschaft auf einer irrtümlichen Annahme beruht und davon auch die darauf folgenden Beschlüsse der Rehabilitierungskammer am Landgericht Rostock und des Senats für Rehabilitierungssachen am Oberlandesgericht in einem erheblichen Maße beeinflusst worden sind. Mit Frau B. wurde die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Verfahrens besprochen, die diese dann mit Unterstützung der Landesbeauftragten beim Landgericht Rostock beantragt hat. Die Entscheidung darüber steht noch aus.

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, welche Schwierigkeiten sich bei Rehabilitierungsbemühungen ergeben, die sich auf lang zurückliegende Ereignisse beziehen. Die oftmals dürftige Aktenlage stellt dann für alle Verfahrensbeteiligte eine besondere Schwierigkeit dar. Die Rehabilitierungsanträge stützten sich in diesen Fällen meist auf Angaben der Antragstellerinnen und Antragsteller, die angesichts des langen Zeitraums mitunter lückenhaft sind und manchmal auch widersprüchlich sein können, wenn bestimmte Ereignisse nicht mehr in die richtige Reihenfolge gebracht werden. Da die Beweislast bei den Rehabilitierungsverfahren jedoch bei den Antragstellerinnen und Antragstellern liegt, führt dies dann häufig zu einer Ablehnung der Rehabilitierungsanträge.

In diesem speziellen Fall besteht nun wieder Hoffnung, dass Frau A., mittlerweile 93 Jahre alt, auf eine Rehabilitierung für ihre Töchter hoffen kann.

2.2 Beratung öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen

Mit Gesprächsbedarf zu Fragen der Überprüfungen oder mit Anfragen zum Akteneinsichtsverfahren wandten sich auch im Jahr 2012 verschiedene öffentliche und nichtöffentliche Stellen an die Landesbeauftragte, darunter Kommunalvertretungen, Kirchengemeinden und Vereine.

Die Fragen in diesem Zusammenhang betrafen wie auch in den vergangenen Jahren

1. die Möglichkeiten der Überprüfung nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG),
2. die Verfahrensweise der Überprüfungen und der Umgang mit den Überprüfungsbescheiden,
3. die Bewertung aufgefundener Unterlagen und die daraus folgenden Konsequenzen sowie
4. die Archivierung der Unterlagen bzw. der Umgang mit den Unterlagen nach Abschluss der Überprüfungsverfahren.

Sehr intensiv wurden in der Öffentlichkeit Fragen der Überprüfung insbesondere in den kleinen Gemeindevertretungen und Städten diskutiert. Durch die Achte Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes Ende des Jahres 2011 gab es einige Änderungen zu den Überprüfungsmöglichkeiten Angehöriger kommunaler Vertretungen und kommunaler Wahlbeamten. So können nun auch Bewerber für ein Bürgermeisteramt und anderer kommunaler Funktionen überprüft werden. Die geltende Frist zur Überprüfung von Personen wurde auf das Jahr 2019 verlängert.

Neben der Verlängerung des Überprüfungsverfahrens wurde auch die Möglichkeit eröffnet, ehrenamtliche Bürgermeister, leitende Mitarbeiter ab der Besoldungsgruppe A 9 bzw. der Entgeltgruppe E 9 sowie bei begründetem Verdacht alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, alle von der öffentlichen Hand bestellten Mitglieder in Vertretungs- bzw. Aufsichtsorganen, sämtliche Bewerber um ein öffentliches Amt bzw. Mandat sowie alle ehrenamtliche Mitarbeiter und Gremienmitglieder in Aufarbeitungsinitiativen zur SED-Diktatur überprüfen zu lassen.

3. Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“

Am Montag, dem 2. Juli 2012, nahm die Anlauf- und Beratungsstelle (ABs) „Heimerziehung in der DDR“ ihre Arbeit auf. Die beiden Mitarbeiter erlebten in den ersten Tagen und Wochen einen regelrechten Ansturm an telefonischen oder persönlichen Nachfragen von Betroffenen und ihren Angehörigen zu den Regelungen des Fonds, aber auch von Interessenten aus Presse, Behörden und von Mitarbeitern sozialer und therapeutischer Einrichtungen.

Die Anlauf- und Beratungsstelle konnte durch Abordnung bereits ab dem ersten Tag mit den zuständigen, qualifizierten Mitarbeitern besetzt werden. Der Leiter Burkhard Bley war zuvor als Bürgerberater bei der Landesbeauftragten tätig und hat u. a. Betroffene der DDR-Heimerziehung insbesondere bei ihren Antragsverfahren auf strafrechtliche Rehabilitierung begleitet. Die Beraterin Frau Gudrun Buggenhagen hatte zuvor lange Jahre im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern Personen betreut, die eine Verwaltungsrechtliche oder Berufliche Rehabilitierung beantragt hatten.

Die Anlauf- und Beratungsstelle ist angesiedelt bei der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen. Gründe dafür waren die langjährige Erfahrung und Qualifikation der Mitarbeiter bezüglich der Gesprächsführung von Beratungsgesprächen, der zeithistorischen Kenntnisse zu Grundlagen, System, Methoden und Wirklichkeit der DDR-Heimerziehung und des Umgangs mit einer wegen ihrer psychischen Belastungen schwierigen Klientel von Betroffenen. An die Bürgerberatung der Landesbeauftragten hatten sich seit 2009 über 200 Personen gewandt, die um Unterstützung bei der Aufarbeitung ihrer Unterbringung in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe baten, insbesondere bei den Verfahren der strafrechtlichen Rehabilitierung. Viele Betroffene begrüßten daher die Ansiedlung der Anlauf- und Beratungsstelle bei der Landesbeauftragten, weil die Mitarbeiter der Behörde bei ihnen ein hohes Vertrauen genießen.

Die Fachaufsicht für die Anlauf- und Beratungsstelle nimmt das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, Referat Jugendhilfe, wahr. Daneben sind durch die Abordnung der Mitarbeiter das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie das Justizministerium beim Aufbau der Anlauf- und Beratungsstelle eingebunden. Die Informationstechnik wird durch die IT-Abteilung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur bereitgestellt. Diese strukturellen Probleme konnten durch eine gute Zusammenarbeit und unkomplizierte Abstimmung gelöst werden.

Fonds Heimerziehung hilft, wenn strafrechtliche Rehabilitierung nicht greift

Der Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ richtet sich an Betroffene von Einweisungen in Einrichtungen zum Zweck der öffentlichen Erziehung in der DDR. Der Fonds bietet Hilfen als Ausgleich und zur Milderung der Folgen dieser Erziehung, unter denen die Betroffenen heute noch leiden. Die Anlauf- und Beratungsstelle Mecklenburg-Vorpommern ist zuständig für alle Betroffenen mit aktuellem Wohnort in Mecklenburg-Vorpommern und für Betroffene aus den alten Bundesländern und dem Ausland, wenn die einweisende Behörde ihren Sitz im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns hatte.

Mit der Einrichtung des Fonds kann insbesondere auch den Betroffenen geholfen werden, deren Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung zurückgewiesen wurde. In der Regel gelingt es den Antragstellern in diesen Verfahren nicht, den Nachweis zu erbringen, dass die Einweisung aus rechtsstaatswidrigen Gründen erfolgte. Rechtsstaatswidrig wären eine Einweisung als politische Verfolgungsmaßnahme, eine vollkommen willkürliche Einweisung, eine Einweisung aus sachfremden Erwägungen in nicht überwiegend fürsorglicher Absicht.

Die zum Teil menschenunwürdigen Umstände der Unterbringung und die menschenverachtenden Erziehungsmethoden, die von vielen Betroffenen zu Recht beklagt werden, akzeptieren die Rehabilitierungskammern der Landgerichte in den meisten Fällen nicht als Begründung. Sie bewerten die geschilderten Erziehungsformen als heute nicht mehr zeitgemäß und verweisen auf die auch in der alten Bundesrepublik bis in die 1970er-Jahre herrschenden Unzulänglichkeiten in der Heimerziehung.

DDR-Heimerziehung: Zahl der Betroffenen, Erziehungsmethoden und ihre Folgen

Der Fonds Heimerziehung richtet sich an Betroffene, die in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe Leid und Unrecht erfahren haben und auch heute noch unter den Folgen leiden. In den Jahren 1949 bis 1989 haben hochgerechnet etwa 495.000 Minderjährige die Heime der Jugendhilfe der DDR durchlaufen. Davon waren etwa 135.000 Minderjährige in den Spezialkinderheimen für Schwererziehbare und Jugendwerkhöfen.² Bezogen auf den Bevölkerungsanteil von Mecklenburg-Vorpommern von etwa 12 Prozent³ wären insgesamt knapp 60.000 Personen betroffen, darunter 16.000 ehemalige Insassen von Spezialheimen.

Es ist daher mit einer hohen Dunkelziffer von Personen zu rechnen, die auch aufgrund der psychischen und sozialen Folgen der DDR-Heimerziehung nicht erreicht werden können. Gerade für diesen Personenkreis treffen die Kriterien des Fonds zu. Insbesondere über die Spezialheime wird übereinstimmend von Betroffenen berichtet, wie sie mit menschenverachtenden Methoden „schwarzer“ Pädagogik zu angepassten Staatsbürgern umerzogen werden sollten. Dies ist durch Studien und Expertisen erhärtet.⁴

In die Beratung kommen vor allem schwer traumatisierte Personen, die am Rande des Existenzminimums und sozial isoliert leben. Viele sind schwerbehindert, leiden unter chronischen Erkrankungen. Vielen fällt es schwer, über das Erlebte zu berichten.

² Expertisen zum Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“.

https://www.fonds-heimerziehung.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Expertisen_web_neu.pdf, S. 255

³ „Die Anteile der einzelnen Länder werden nach der Einwohnerzahl (Stand 31. Dezember 1991) ermittelt (Land Berlin 8,11 %, Land Brandenburg 16,10 %, Land Mecklenburg-Vorpommern 11,98 %, Freistaat Sachsen 29,63 %, Land Sachsen-Anhalt 17,88 %, Freistaat Thüringen 16,30 %).“ Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 17/0422 vom 21.06.2012, S. 6, <http://www.parlament-berlin.de/ad0s/17/IIIPlen/vorgang/d17-0422.pdf>

⁴ Expertisen zum Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ Anke Dreier/Karsten Laudien: Einführung. Heimerziehung der DDR. Schwerin 2012; Christian Sachse: Der letzte Schliff. Jugendhilfe der DDR im Dienst der Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen (1945-1989), Schwerin 2010

Die Betroffenen berichten sehr oft, dass sie in den Heimen und Jugendwerkhöfen von Erziehern und Mitinsassen geschlagen wurden. Sie wurden gedemütigt, als unwert bezeichnet, angebrüllt, militärischem Drill unterzogen. Sie hatten keine Bezugspersonen, wurden von Geschwistern getrennt, Freundschaften wurden unterbunden.

In den Jugendwerkhöfen, aber auch in vielen Heimen mussten Kinder und Jugendlichen unter strengen Normauflagen schwere körperliche, gesundheitsschädliche und schmutzige Arbeiten verrichten.

Eine Privat- und Intimsphäre wurde nicht zugelassen, Briefe nach draußen wurden zensiert, Briefe von außen nicht zugestellt. Die Strafen reichten von Taschengeldentzug, Fernseh- und Ausgehverbot, Urlaubssperre, Essensentzug, „Gruppenkeile“ bis zu wochenlangem Arrest.

Viele Betroffene fühlen sich nach dem Beratungsgespräch erleichtert und betonen, dass sowohl die öffentliche Anerkennung erlittenen Unrechts, die Zuwendung durch die Berater, als auch die Leistungen ihnen helfen, die Folgen der Heimerziehung zu mildern.

Entstehungsprozess des Fonds Heimerziehung

Durch die Diskussion um den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von Mai 2009⁵, der klarstellt, dass im Einzelfall die Rehabilitierung eines Heimaufenthaltes möglich ist und bestärkt von der Debatte des seit Februar 2009 auf Empfehlung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages⁶ vom 26. November 2008 arbeitenden Runden Tisches Heimerziehung in den 50er- und 60er-Jahren über die Heime im Westen, waren Forderungen nach einer Entschädigungsregelung auch für Betroffene der DDR-Heimerziehung laut geworden.

Der seit März 2010 eingerichtete Runde Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch ...“ informierte sich in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau über das DDR-Heimsystem, stellte aber keine spezifischen Forderungen.

Im September 2010 befasste sich der Europa- und Rechtsausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern mit dem Themenkomplex „Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ und lud die Landesbeauftragte Frau Pagels-Heineking und die Betroffene Frau Puls zu einer Anhörung.

Der Runde Tisch Heimerziehung legte am 13. Dezember 2010 seinen Abschlussbericht vor.⁷ Darin wird u. a. eine Rehabilitierung für die gesamte Betroffenenengruppe durch Anerkennung des Unrechts gefordert, finanzielle Maßnahmen zugunsten einzelner Betroffener, die Förderung der wissenschaftlichen Aufarbeitung und präventive Maßnahmen zur Wahrung der Rechte heutiger Heimkinder.

Die Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs Christine Bergmann forderte im Mai 2011 in ihrem Abschlussbericht eine eigene Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung, spezifische Beratung und Therapien sowie Hilfemodelle in Anlehnung an die Ergebnisse des Runden Tisches West.⁸

Am 27. Mai 2011 beschloss die Jugendministerkonferenz der ostdeutschen Länder, zeitnah eine Lösung nach den Empfehlungen des im Februar 2011 vorgelegten Abschlussberichtes des Runden Tisches West auch für die Betroffenen der DDR-Heimerziehung einzuführen.

⁵ BVerfG, 2 BvR 718/08 vom 13.5.2009, Absatz-Nr. (1 - 28), http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20090513_2bvr071808.html

⁶ „Empfehlung des Petitionsausschusses in seiner Sitzung am 26. November 2008 zur Petition die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Jahren 1949 bis 1975 in der Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen öffentlichen Erziehungsheimen betreffend“, http://www.rundertisch-heimerziehung.de/download/Empfehlung_Petitionsausschuss.pdf

⁷ http://www.rundertisch-heimerziehung.de/documents/RTH_Abschlussbericht_000.pdf

⁸ <http://beauftragter-missbrauch.de/mod/resource/view.php?id=301>

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern begrüßte am 1. Juli 2011 den in den Bundestag eingebrachten interfraktionellen Antrag „Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam helfen“⁹ und beschloss, dass die Anlauf- und Beratungsstelle für Mecklenburg-Vorpommern bei der Landesbeauftragten eingerichtet wird.¹⁰

Am 7. Juli 2011 beschloss der Bundestag mit diesem Antrag eine zeitnahe Umsetzung von Hilfeangeboten in Anlehnung an den Runden Tisch West.¹¹ Eine Lenkungs- und eine Arbeitsgruppe aus Bund und neuen Ländern hat aufgrund des Bundestagsbeschlusses vom 9. Juni 2011 die Heimerziehung in der DDR untersucht und Vorschläge für die Umsetzung einer Fondslösung auch für die Betroffenen der DDR-Heimerziehung gemacht. Die Ergebnisse wurden am 26. März 2012 vorgestellt und die Einrichtung des Fonds beschlossen.¹²

In der Präambel zum Bericht erkennen die Errichter des Fonds an, dass „Kindern und Jugendlichen ... in Heimen der DDR Leid und Unrecht zugefügt worden“ ist.¹³

Die Landesregierung und die Bundesregierung stimmten am 5. Juni bzw. am 13. Juni 2012 zu.

Die Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle

Mit Stichtag 28.12.2012 lagen in der Anlauf- und Beratungsstelle Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 1.229 Kontakte, Meldungen und Registrierungen vor und es waren insgesamt 1002 Betroffene registriert, bei denen davon auszugehen war, dass die Zuständigkeit bei der ABs M-V liegt. In 55 Erst- und 11 Folgeberatungen waren 2012 in 19 Fällen Rentenersatzleistungen und in 7 Fällen materielle Leistungen vereinbart worden. In 49 Fällen war eine Folgeberatung notwendig.

Die ersten Arbeitsmonate ab Juli 2012 waren vor allem durch die Bewältigung des Ansturms der Betroffenen und die organisatorischen Vorbereitungen geprägt, wie dem Anlegen und Pflegen von Vorgängen und Tabellen, dem Versand von Eingangsbestätigungen mit dem Merkblatt des Fonds. Auf der Grundlage des Leitfadens wurde ein Gesprächsfahrplan erstellt, der eine möglichst einheitliche Gesprächsführung der beiden Berater sicherstellen soll und als Gerüst für das komplexe Beratungsgespräch dient.

Für die Terminvergabe wurden konkrete Kriterien erarbeitet. Höchste Terminpriorität haben Betroffene, für die aufgrund ihres hohen Alters oder einer akut lebensbedrohlichen Erkrankung eine signifikant verkürzte Lebenserwartung zu befürchten ist. Aufgrund der gesundheitlichen Einschränkungen dieser Betroffenen musste mit hohem Zeitaufwand ein sehr hoher Anteil der Beratungsgespräche außerhalb der Räumlichkeiten der ABs in Schwerin eingeplant und durchgeführt werden.

Die Beratungsgespräche und die Bearbeitung der Vereinbarungen waren Schwerpunkt der Arbeit in den letzten Monaten des Jahres 2012. Auffallend hoch ist der zeitliche Aufwand zur Nachbearbeitung der abgeschlossenen Vereinbarungen. Schriftwechsel und telefonische Nachfragen waren u. a. notwendig für Recherchen in Archiven, Meldebehörden, Jugendämtern und bei der Rentenversicherung, für die Unterstützung der Betroffenen bei der Einholung von Angeboten, für den Versand der von der Fondsgeschäftsstelle an die Betroffenen gerichteten Bestätigungsschreiben.

Betroffene beklagten häufig, dass es äußerst schwierig ist, bei akuten psychischen Problemen eine angemessene und zeitnahe Unterstützung zu finden.

⁹ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/061/1706143.pdf>

¹⁰ <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=30810&page=0>

¹¹ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17120.pdf> - S. 14019 ff.

¹² Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“. https://www.fonds-heimerziehung.de/fileadmin/user_upload/dokumente/bericht_web.pdf

¹³ Ebd., S. 4

Die Arbeitsbelastung ist aufgrund der sehr anspruchsvollen und beanspruchenden Tätigkeit als überdurchschnittlich einzuschätzen. Die Situation hatte sich trotz der abnehmenden Zahl der Erstkontakte zum Jahresende nicht wesentlich entspannt, da die überaus komplexen Beratungsgespräche mit schwer kranken, traumatisierten Menschen ein Höchstmaß an Konzentration und Zuwendung abfordern. Planungen für die Einrichtung einer dritten, auf zwei Jahre befristeten Vollzeitstelle als Berater sind fortgeschritten. Die Besetzung der Stelle wird für das 2. Quartal 2013 avisiert.

Große Bedenken bestehen hinsichtlich einer zu erwartenden vorzeitigen Ausschöpfung der Fondsmittel. Es würde ein fataler Eindruck entstehen, wenn keine Leistungen mehr aus dem Fonds ausgereicht werden können für Betroffene nach entsprechenden Warte- und Bearbeitungszeiten bzw. für diejenigen, die sich erst später melden. Ein rechtzeitiges Signal der Fonderrichter, dass niemand befürchten muss, leer auszugehen bzw. nur noch eine verminderte Summe zu bekommen, könnte hier hilfreich sein, um die Satzungsziele, wie den angestrebten gesellschaftlichen Frieden, nicht zu gefährden.

4. Politisch-historische Aufarbeitung

Im Ausführungsgesetz zum Stasi-Unterlagen-Gesetz (§ 2 Abs. 5 StUG-AG) wird die Förderung der historisch-politische Aufarbeitung als wesentlicher Auftrag der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern festgeschrieben. Dieser Aufgabe kommt die Landesbeauftragte mit vielen Veranstaltungen und Forschungsprojekten und auch ihrem Angebot an thematisch unterschiedlichen Wanderausstellungen nach. Über vierzig Publikationen konnten zu den verschiedenen thematischen Bereichen der politisch-historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR durch die Behörde der Landesbeauftragten in den vergangenen Jahren veröffentlicht werden.

Wie eng die einzelnen Arbeitsbereiche miteinander verzahnt sind, ist am Thema „Heimerziehung in der DDR“ zu sehen. Nicht nur im Beratungsbereich gewann dieses Thema zunehmend Bedeutung (siehe Kapitel 2 und 3), die Landesbeauftragte führte in Kooperation mit den Helios-Kliniken Schwerin eine Fachtagung „Zwischen Fürsorge und Repression. Heimerziehung in der DDR“ durch und im Rahmen eines Projektes wurde zu diesem Bereich geforscht. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes wurden gemeinsam von der Konferenz der Landesbeauftragten in einer Publikation veröffentlicht. Diese konnte deutschlandweit den Interessenten zur Verfügung gestellt werden, die im Rahmen ihrer Arbeit mit dieser Thematik befasst sind.

4.1 Forschungsprojekte

Im Jahr 2012 wurden seitens der Behörde der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen an verschiedenen Einzelthemen der historisch-politischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gearbeitet. Diese Arbeiten wurden entweder durch die Mitarbeiter der Behörde durchgeführt, eigenständig oder in enger Begleitung durch die Landesbeauftragte von externen Wissenschaftlern, Schülern und Studenten und interessierten Einzelforschern bearbeitet. Die Ergebnisse der Forschungsvorhaben ergeben umfangreichen Materialsammlungen, die für die Arbeit der Landesbeauftragten von großer Wichtigkeit sind. Zudem sind die Ergebnisse in Vorträgen, Aufsätzen oder Publikationen veröffentlicht worden. Im Berichtsjahr 2012 wurden von der Behörde der Landesbeauftragten zehn neue Forschungsvorhaben bei der Behörde des Bundesbeauftragten eingereicht.

Zu den im Jahr 2012 bearbeiteten Themen gehörten unter anderem:

Die MfS-Untersuchungshaftanstalt Töpferstraße in Neustrelitz

Die um die Jahrhundertwende erbaute Haftanstalt in Neustrelitz diente dem MfS bis 1987 als Untersuchungshaftanstalt für den Bezirk Neubrandenburg. Die Geschichte dieses Hauses, insbesondere die Nutzung durch den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR in den Jahren 1953 bis 1987 wird mit diesem Forschungsprojekt untersucht. Die Ergebnisse der Recherchen fließen in die weitere Gestaltung dieses Gebäudeteils als Gedenkort ein.

Die Tageszeitung „Freie Erde“ - aus dem Innenleben einer SED-Zeitung

Im Jahr 1952 konnte die Tageszeitung „Freie Erde“ erstmals erscheinen. Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Regionalzeitung wurde die Geschichte des SED-Organs, der Einfluss des MfS auf die Arbeit und die Mitarbeiter der Redaktion und des Neubrandenburger Verlages in einem Forschungsvorhaben in Kooperation mit dem Nordkurier in Neubrandenburg untersucht. Die Ergebnisse aus diesem Forschungsprojekt konnten im Sommer 2012 in einer wöchentlichen Artikelserie im Nordkurier veröffentlicht werden. Geplant ist, zu einem späteren Zeitpunkt in der Publikationsreihe der Landesbeauftragten eine umfangreichere Veröffentlichung vorzunehmen.

Sekretariate für Kirchenfragen bei den Räten der Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg und die Einflussnahme des MfS auf die Arbeit der ev.-luth. Landeskirche Mecklenburgs

Dieses Projekt aus dem Jahr 2011 wurde im Berichtsjahr 2012 fortgesetzt. Mit diesem Projekt soll untersucht werden, welchen Einfluss die Staatssicherheit auf Funktion und Aufgaben der Sekretariate für Kirchenfragen und der Beauftragten für Kirchenfragen bei den Räten der Kreise in den Nordbezirken hinsichtlich der Beeinflussung der kirchlichen Jugendarbeit in den Jahren 1970 bis 1989 genommen hat. Es ist geplant, die Forschungsergebnisse zu einem späteren Zeitpunkt in einer Publikation zu veröffentlichen.

Heimerziehung in der DDR

In diesem Forschungsprojekt ging es um eine Bestandsaufnahme von Erziehungskonzepten und realen Lebenswirklichkeiten in den Heimen der DDR von 1949 bis 1990. Erarbeitet wurde eine kompakte und übersichtliche „Handreichung“, die alle bisherigen Grundkenntnisse auf diesem Gebiet zusammenfasst. Die Ergebnisse veröffentlichten die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sowie die Beauftragte für die Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg in einer gemeinsamen Publikation.

Das innerdeutsche Grenzregime zwischen Ostsee und Elbe

Bei diesem Projekt handelt es sich um ein umfangreiches Forschungsvorhaben, dessen Ergebnisse nach Abschluss der Recherchen publiziert werden sollen. In diesem regional auf Mecklenburg bezogenen Projekt wird der technische Ausbau der Grenze seit 1945, das Wirken der Grenztruppen, die Zusammenarbeit des MfS mit anderen staatlichen Organen, gelungene und nicht geglückte Fluchtversuche und die Auswirkungen des Grenzregimes auf die Bevölkerung im Grenzgebiet untersucht. Die Forschungsergebnisse werden zu einem späteren Zeitpunkt in einer Publikation veröffentlicht.

4.2 Veröffentlichungen

Innerhalb der Schriftenreihe der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern konnten auch im Berichtsjahr weitere Forschungsergebnisse publiziert werden. Die Landesbeauftragten leisten mit ihren Veröffentlichungen entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den Diktaturfolgen und zur Aufarbeitung der SBZ/DDR-Vergangenheit.

Anke Dreier und Karsten Laudien: „Einführung. Heimerziehung der DDR“

Ergebnis des oben aufgeführten Forschungsprojektes ist diese von den Landesbeauftragten gemeinsam herausgegebene Publikation. Die Darstellung ist als Einführung in diese Thematik für diejenigen gedacht, die mit der Aufarbeitung des Schicksals der Heimkinder der ehemaligen DDR befasst sind. Viele Mitarbeiter privater und öffentlicher Institutionen werden in den kommenden Jahren mit dem Thema im Rahmen ihrer Tätigkeit konfrontiert sein. Die „Einführung. Heimerziehung der DDR“ soll die alltägliche Arbeit der bundesweiten Beratungsstellen, der Rehabilitierungskammern der Landgerichte, der universitären Ausbildung, der Versorgungsämter und Kliniken der Psychiatrie und Psychotherapie erleichtern, aber auch interessierten Laien einen Zugang zum Thema ermöglichen.

Mit dieser Publikation konnte allen Interessierten eine kompakte und übersichtliche Handreichung zur Verfügung gestellt werden.

Siegfried Köhler: „Der Überseehafen Rostock unter Kontrolle der Staatssicherheit“

Ins Zentrum seines Buches zum Themenbereich DDR-Seefahrt und Stasi (MfS) hat Siegfried Köhler den damals wie heute größten Betrieb der Region gestellt - den Rostocker Überseehafen. Wie sich zuerst der kurzfristige Bau dieses wichtigsten ostdeutschen Hafens und später sein Betriebsalltag im Spiegel der überlieferten MfS-Akten darstellte, das hat Autor Köhler ausgewertet. Er nahm als einer der Ersten Einsicht in Teile des umfangreichen Aktenbestandes zum Hafen.

Dem Leser bietet dieser Band Neues über Planung und Ausführung des Hafen-Projektes und natürlich darüber, wie die immer größer werdende Kontrollapparatur der verschiedenen MfS-Abteilungen im Hafen - zusammen mit dem dazugehörigen Informantennetz - auf das Leben der knapp 10.000 dort Beschäftigten einwirkte.

Falk Bersch, Hans Hermann Dirksen:

„Strafvollzug Berndshof/Ueckermünde (1952 - 1972)“

Seit 1952 befand sich in Berndshof am Oderhaff eine Strafvollzugseinrichtung für verschiedene Häftlingsgruppen in der DDR. Unter ihnen befanden sich auch Wehrdienstverweigerer. In den Jahren 1954 bis 1959 war ein Viertel aller in Berndshof eingelieferten Strafgefangenen - ob Zivil- oder Militärstrafgefangene - wegen politischer Delikte verurteilt. Die Autoren Falk Bersch und Hans Hermann Dirksen zeigen in ihrem Buch die wechselvolle Geschichte des Haftortes für die Jahre 1952 bis 1972 auf. Sie veranschaulichen die menschenunwürdigen Zustände in der Einrichtung und verdeutlichen den staatlichen Versuch, Häftlinge durch Arbeit und militärischen Drill umzuerziehen.

Uta Rüchel: „Schwerin - Wuppertal. Von den Anfängen einer grenzüberschreitenden Partnerschaft“

Schwerin und Wuppertal sind seit 25 Jahren als Partnerstädte miteinander verbunden. Was heute selbstverständlich scheint, war zu Beginn - als sich beide deutsche Staaten noch als „Klassengegner“ gegenüberstanden - eine politisch höchst brisante Angelegenheit. Nach teilweise zähen Verhandlungen unterzeichneten Vertreter aus Wuppertal und Schwerin am 26. Februar 1987 im Schweriner Schloss einen Städtepartnerschaftsvertrag und besiegelten damit die zweite deutsch-deutsche Verbindung dieser Art. Unter welchen Bedingungen diese Städtepartnerschaft zustande kam und wie sie bis 1990 mit Leben erfüllt wurde, wird in der Publikation näher beleuchtet.

Inge Bennewitz, Rainer Potratz: „Zwangsaussiedlungen an der inndeutschen Grenze“

Ein wichtiges Thema im Berichtsjahr 2012 war, wie schon benannt, unter anderem die Erinnerung an die vor 60 Jahren erfolgte Zwangsaussiedlung vom Frühjahr 1952 entlang der innerdeutschen Grenze. Unter der zynischen Bezeichnung „Aktion Ungeziefer“ wurden im Frühjahr 1952 über 8.000 von der Staatsführung als „politisch unzuverlässig“ eingeschätzte Bürger aus der Grenzregion ins Landesinnere zwangsumgesiedelt.

Die Landesbeauftragten veranstalteten dazu u. a. gemeinsam mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt im Juni 2012 eine Tagung in Magdeburg. Durch finanzielle Förderung der Landesbeauftragten konnte zu diesem Anlass im Frühjahr 2012 die Publikation „Zwangsaussiedlungen an der inndeutschen Grenze“ in vierter Auflage herausgegeben werden.

4.3 Veranstaltungen

Ein bereits in der Einleitung erwähnter Themenschwerpunkt war die Situation ehemaliger Heimkinder der DDR und die Forderungen nach Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsleistungen für diese Betroffenengruppe. Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern veranstaltete vom 20. bis 21. April 2012 eine Fachtagung in Schwerin, gemeinsam vorbereitet mit den Helios-Kliniken Schwerin und unter Schirmherrschaft der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, Frau Manuela Schwesig. Über 100 Teilnehmer aus den Bereichen Politik und Wissenschaft, aus der Justiz und Verwaltung und aus dem medizinisch-therapeutischen Bereich waren der Einladung gefolgt und diskutierten über Fragen der juristischen, psychotherapeutischen und politischen Aufarbeitung des Systems der Jugendhilfe in der SED-Diktatur.

Alljährlich veranstalten die Landesbeauftragten zusammen mit der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur einen Bundeskongress. Im Berichtsjahr fand der 16. Bundeskongress unter dem Motto: „Disziplinierung durch Arbeit“ vom 11. bis 13. Mai 2012 in Erkner statt, federführend wurde er diesmal durch die Landesbeauftragte von Brandenburg und ihre Mitarbeiter vorbereitet. Aufarbeitungsinitiativen und Verfolgtenverbände aus dem gesamten Bundesgebiet tagten zu dem Themenschwerpunkt „Arbeit als Herrschaftsinstrument in der SED-Diktatur“, hörten spannende Fachvorträge und diskutierten mit Gästen und Zeitzeugen in Podiumsdiskussionen. Zur Eröffnung des Kongresses und zur Begrüßung der über 160 Teilnehmer sprachen der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Herr Matthias Platzeck, der Landrat des Landkreises Oder-Spree Herr Manfred Zalenga sowie der Bischof der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Herr Dr. Markus Dröge.

Der Kongress bot neben Vorträgen, Gesprächsrunden und einer thematisch angelegten Exkursion nach Rüdersdorf auch Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch über die rechtliche und soziale Unterstützung ehemals Verfolgter des SED-Regimes.

Seit nunmehr zehn Jahren existiert das Bützower Häftlingstreffen als Gesprächsforum zur DDR-Vergangenheit. Die Treffen werden organisiert durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Memoriale e. V., der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, die Stadt Bützow und die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen. So auch das Treffen im Berichtsjahr, zu dem vom 23. bis 25. September 2012 nach Bützow eingeladen worden war. Es stand unter dem Motto: „Die Gegenwart der DDR-Vergangenheit: Warum wir nicht aufhören, darüber zu reden“. Die ehemaligen politischen Häftlinge nehmen die Treffen als eine moralische Würdigung wahr, freuen sich auf die Begegnung mit Haftkameraden, Weggefährten und jungen Leuten, aber nutzen das Podium auch, um über gesellschaftliche und individuelle Probleme der Vergangenheitsaufarbeitung zu sprechen.

Eine Übersicht über alle Veranstaltungen der Landesbeauftragten im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit und politischen Bildung im Berichtszeitraum wird in Tabelle 4 im Anhang gegeben.

4.4 Ausstellungen

In Zusammenarbeit mit der Behörde der Landesbeauftragten entstanden in den vergangenen Jahren mehrere Wanderausstellungen. Ergebnisse aus den Forschungsprojekten, Rechercheergebnisse aus den Akten des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, aus SED-Akten und anderen Unterlagen und die lebensgeschichtlichen Erinnerungen von Betroffenen wurden in die Erarbeitung der Ausstellungen einbezogen. Alle Ausstellungen können kostenfrei ausgeliehen werden. Bei Bedarf begleitet die Landesbeauftragte die Ausstellungen und bietet Veranstaltungen zu den Ausstellungseröffnungen und Seminare zu den Ausstellungsthemen an.

Verurteilt am Demmlerplatz - Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg und Vorpommern

Eine Ausstellung der Landesbeauftragten in Zusammenarbeit mit Politische Memoriale e. V. Am Demmlerplatz in Schwerin hatte das Sowjetische Militärtribunal zwischen 1945 und 1953 seinen Sitz und verurteilte Hunderte von unschuldigen Frauen und Männern zu hohen Haftstrafen, manche auch zum Tode. Die Ausstellung beschreibt auf zehn Doppeltafeln die Geschichte der Sowjetischen Militärtribunale in der Sowjetischen Besatzungszone an konkreten Beispielen.

Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern

Eine Ausstellung der Landesbeauftragten, der Ostakademie Lüneburg und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Ausgewählte Dokumente und Erinnerungen von Zeitzeugen beziehen sich auf die Ereignisse im Norden der DDR. Die Ausstellung dokumentiert neben den Ereignissen des 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern auch die damalige politische, wirtschaftliche und soziale Situation in der DDR.

Zu dieser Ausstellung ist ein Begleitheft verfügbar.

Kommunistische Repression und Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er-Jahren

Eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und der Landesbeauftragten.

Die Ausstellung vermittelt Informationen zur politischen Situation in der DDR und Polen in den 1950er-Jahren sowie vergleichende Einblicke in Ausprägungen von Diktatur und Widerstand. Aufgezeigt werden auch die Folgen der Aufstände in der DDR 1953 und in Polen 1956 für die weitere Entwicklung in beiden Ländern und für die Oppositionsbewegungen in Mittel- und Osteuropa.

Aufbruch im Norden

Eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und der Landesbeauftragten.

Die Wanderausstellung „Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90“ dokumentiert exemplarisch deren Ursprünge, Verlauf, Akteure und Ergebnisse. Dabei richtet sich der Blick auf die Ereignisse in der gesamten DDR, bspw. die Proteste anlässlich der gefälschten Volkskammerwahl vom 7. Mai 1989 oder die Ausreisewelle im Sommer 1989 und die anschließende Formierung der Opposition. Parallel dazu werden die allgemeinen Entwicklungen anhand von Beispielen in den drei ehemaligen Nordbezirken (Neubrandenburg, Rostock, Schwerin) veranschaulicht. Damit werden die vielfältigen Gründe für die zunehmende Auflehnung der Bürger gegen das SED-Regime nachvollziehbar.

5. Zusammenarbeit

Zusammenarbeit mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit besteht seit vielen Jahren zwischen den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen des Landes und der Dienststelle der Landesbeauftragten. Die Landesbeauftragte vertritt die Interessen der von politischer Verfolgung Betroffenen und ist ihnen eine wichtige Ansprechpartnerin. In Mecklenburg-Vorpommern sind folgende Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen aktiv:

- Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS),
- Interessenverband der Zwangsausgesiedelten in Mecklenburg-Vorpommern,
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS),
- Schicksalsaufklärung Müritzkreis nach 1945/Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 - 1950 e. V.,
- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen,
- Arbeitsgemeinschaft Workuta/GULAG,
- Heimkinder Ost - Mecklenburg Vorpommern e. V. (i. G.),
- Bürgerbüro Heiko Lietz,
- Selbsthilfegruppe „Stasiopfer“ Stralsund,
- Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte e. V.,
- Geschichtswerkstatt Rostock e. V.,
- Über die Ostsee in die Freiheit e. V.,
- Politische Memoriale e. V.,
- Grenzturm Kühlungsborn e. V.,
- Stasi-Haftanstalt Töpferstraße, Neustrelitz e. V.

Mit den Vertretern dieser Vereine und Aufarbeitungsinitiativen fanden auch 2012 regelmäßige Treffen in den Räumen der Landesbeauftragtenbehörde statt. Die Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Diskussion über Veränderungen der gesetzlichen Bestimmungen im Rehabilitierungsrecht, Möglichkeiten der Wiedergutmachung politischen Unrechts, der Koordinierung der gemeinsamen Veranstaltungen und der Zeitzeugenarbeit.

Auch im Berichtsjahr 2012 unterstützte die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes die Arbeit der Verbände und Initiativen im Land. An den verschiedenen Vorhaben beteiligte sie sich als Mitveranstalterin oder nahm als Gast oder Referentin an zahlreichen Veranstaltungen der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen teil.

Zwanzig Vertreter der Vereine und Aufarbeitungsinitiativen aus Mecklenburg-Vorpommern nahmen auch in diesem Jahr am 16. Bundeskongress vom 11. bis 13. Mai 2012 in Erkner teil.

Zusammenarbeit mit der Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich regelmäßig einmal im Monat. In regelmäßigen Abständen nimmt an der Konferenz der Landesbeauftragten auch der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn teil. Im Berichtsjahr 2012 gab es in diesen Gesprächsrunden vor allem einen Austausch zur Situation der ehemaligen Heimkinder und zur Einrichtung der Anlauf- und Beratungsstellen in den jeweiligen Bundesländern. Besprochen wurden auch die Forderungen der Vertreter der Opferverbände nach verbesserten Rehabilitierungsleistungen, vor allem im Bereich der Anerkennung gesundheitlicher Störungen nach politischer Verfolgung.

In Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde der diesjährige Bundeskongress der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vorbereitet, der vom 11. bis 13. Mai 2012 in Erkner durchgeführt wurde.

Zusammenarbeit mit den Außenstellen der Bundesbeauftragten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin

Die Landesbeauftragte lädt zweimal im Jahr die drei Außenstellenleiter des Bundesbeauftragten aus Neubrandenburg, Rostock und Schwerin zu einem Gedankenaustausch in ihre Behörde ein. Diskutiert werden bei diesen Zusammenkünften Themen, die die Arbeit sowohl der Landesbeauftragten als auch der Einrichtungen des Bundesbeauftragten betreffen. Die konkrete Zusammenarbeit mit den drei Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern erstreckte sich auch im Berichtszeitraum auf verschiedene gemeinsam geplante und durchgeführte Veranstaltungen (siehe Tabelle 4 im Anhang) und die gemeinsamen Beratungstage im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beteiligte sich an der Vorbereitung und Finanzierung des Bundeskongresses im Mai 2012 in Erkner und weiteren Tagungen und Veranstaltungen der Konferenz der Landesbeauftragten.

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern ist Mitglied im Fachbeirat „Gesellschaftliche Aufarbeitung/Opfer und Gedenken“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Mitglieder des Fachbeirates werden seitens der Bundesstiftung in die Entscheidungsfindung zur Fördermittelvergabe und in die Perspektivdiskussion in der Aufarbeitungs- und Gedenkstättenlandschaft mit eingebunden. Sitzungen des Fachbeirates dienen außerdem der Vorstellung der jeweiligen thematischen Schwerpunkte in der Arbeit der Bundesstiftung.

Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und dem Verein Politische Memoriale e. V.

Mit dem Verein Politische Memoriale e. V. und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern wurden im Berichtszeitraum 2012 mehrere gemeinsame Veranstaltungen und Projekte durchgeführt. Hervorzuheben ist das Bützower Häftlingstreffen, das 2012 zum zehnten Mal durchgeführt und auch in diesem Jahr gemeinsam durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, den Verein Politische Memoriale e. V., die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, die Stadt Bützow und die Landesbeauftragte vorbereitet wurde.

6. Anhang mit Grafiken und Tabellen

Grafik 1: Beratung bei der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 2001 bis 2012

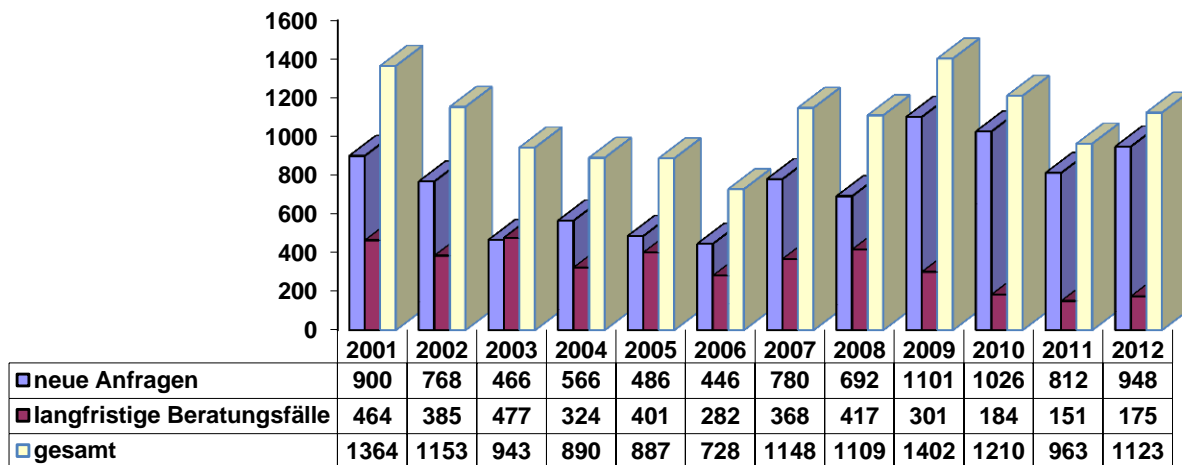


Tabelle 1: Antragszahlen in den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2012 (nachrichtlich, ohne Anträge auf Decknamenentschlüsselung und Kopien)

Außenstelle	Erstanträge	Wiederholungsanträge	Anträge gesamt
Neubrandenburg	1.793	718	2.511
Rostock	2.408	1.042	3.450
Schwerin	2.248	841	3.089

Tabelle 2: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz

Jahr	Bund		Mecklenburg-Vorpommern	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2012	3.784	7.187.200,00 €	380	737.700,00 €
2011	3.435	6.906.400,00 €	343	681.750,00 €
2010	3.582	7.384.400,00 €	378	776.550,00 €
2009	3.414	7.307.850,00 €	369	763.650,00 €
2008	4.560	9.187.400,00 €	313	606.800,00 €
2007	5.883	11.612.700,00 €	426	854.150,00 €
2006	6.347	11.779.950,00 €	416	809.250,00 €
2005	5.513	10.167.500,00 €	395	840.050,00 €
2004	5.352	10.496.900,00 €	352	777.400,00 €
2003	5.617	11.652.350,00 €	369	842.150,00 €
2002	5.271	13.172.514,50 €	359	974.450,00 €
2001	4.001	19.996.206,00 DM	222	1.222.100,00 DM
2000	3.307	17.342.500,00 DM	202	1.170.400,00 DM
1999	2.316	11.000.000,00 DM	94	453.200,00 DM

Tabelle 3: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG)*

Jahr	Bund	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2012	4.593	2.408.850,00 €
2011	4.194	2.249.550,00 €
2010	3.980	2.498.050,00 €
2009	2.522	2.650.000,00 €
2008	1.562	1.699.150,00 €
2007	1.264	1.249.700,00 €
2006	1.571	1.500.950,00 €
2005	1.711	1.978.600,00 €
2004	1.765	3.650.050,00 €
2003	1.513	2.544.300,00 €
2002	1.557	3.153.700,00 €
2001	945	2.999.700,00 DM
2000	514	1.499.900,00 DM
1999	428	835.900,00 DM

* Keine Aufschlüsselung nach Ländern verfügbar

Tabelle 4: Veranstaltungen

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
04.03.12	Neubrandenburg	BStU-Außenstelle	Tag der offenen Tür, Podiumsdiskussion	„Wissen wie es war“ 20 Jahre Stasi-Unterlagengesetz - 20 Jahre Akteneinsicht
12.03.12	Schwerin	Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen Schwerin e. V. (KISS e. V.)	Beratung und Gespräch	Gründung einer Selbsthilfegruppe ehemalig politisch Verfolgter
24.03.12	Reinbek/HH	Krankenhaus Reinbek, St. Adolf-Stift	Ausstellungs- eröffnung	„Michael Gartenschläger“
27.03.12	Stralsund	KISS e. V.	Vortrag	Heimerziehung in der DDR
16.04.12	Neubrandenburg	BStU-Außenstelle	Ausstellungs- eröffnung und Podiumsdiskussion	„ZOV Sportverräter. Spitzenathleten auf der Flucht“
20.04. - 21.04.12	Schwerin	Helios-Kliniken Schwerin	Fachtagung	„Zwischen Fürsorge und Repression. Heimerziehung in der DDR“
26.04.12	Schwerin	Landtag	Ausstellungs- eröffnung	Gino Kuhn „Im Tigerkäfig der Stasi“
29.04.12	Neubrandenburg	Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen	Jahresgedenk- veranstaltung	21. Jahrestag der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
11.05. - 13.05.12	Erkner	Konferenz der Landesbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung	Bundeskongress	„Disziplinierung durch Arbeit“
15.05.12	Schwerin	Berno-Gemeinde	Lesung und Gespräch	Christiane Baumann „Hinter den Kulissen. Inoffizielle Schweriner Theatergeschichten 1968 bis 1989“
23.05.12	Schwerin	Bundeswehr	Workshop	Aufgaben der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in M-V
24.05.12	Reinbek, Hamburg	Krankenhaus Reinbek, St. Adolf-Stift	Film- und Vortrags- veranstaltung	„Michael Gartenschläger. Was geschah an der Grenzsäule 231? Versuch einer Rekonstruktion“
02.06.12	Magdeburg	Konferenz der Landes- beauftragten und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt	Tagung	60 Jahre Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze „Die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR zur Bundesrepublik Deutschland“
02.06. - 04.06.12	Berlin	Lagergemeinschaft Workuta/GULag	Tagung	Jahrestreffen der Lagergemeinschaft
04.06.12	Schlagsdorf	Grenzhuis Schlagsdorf, Politische Memorialie M-V, Landeszentrale für politische Bildung	Tagung	„1952 - Die Errichtung des Grenzperrgebiets und seine Folgen“
08.06.12	Ludwigslust	Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin, Politische Memorialie e. V.	Tagung, Vortrag	„Das Lager Wöbbelin nach Kriegsende. 1945 - 1948“
14.06.12	Berlin	Maxim-Gorki-Theater	Lesung und Gespräch	Christiane Baumann „Hinter den Kulissen. Inoffizielle Schweriner Theatergeschichten 1968 bis 1989“
17.06.12	Klein Trebbow	Denkstätte Teehaus Trebbow e. V., Landeszentrale für politische Bildung M-V, Landkreis NWM, Gemeinde Klein Trebbow	Ausstellungs- eröffnung, Vortrag und Gespräch	„Mutige Frauen. Widerständiges Verhalten in Zeiten von Diktaturen“
17.06.12	Stralsund	Kreisdiakonisches Werk Stralsund e. V.	Gedenk- veranstaltung	Gedenken zum Volksaufstand am 17. Juni 1953

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
19.06.12	Schwerin		Vortrag und Diskussion	Lena Gürtler und Thomas Bardenhagen „Juristische Aufarbeitung einer Diktatur“
21.06.12	Schwerin	Verein ehemaliger Heimkinder der DDR	Gründungsveranstaltung	Grußwort und Moderation
29.06.12	Stralsund	Landeszentrale für politische Bildung M-V	M-V-Tag	LStU/LpB-Präsentation
05.07.12	Malchow	Schicksalsaufarbeitung Müritzkreis nach 1945	Filmvorführung und Diskussion	„Werwolftragödie“
06.07.12	Malchow	Schicksalsaufarbeitung Müritzkreis nach 1945	Gedenkveranstaltung	Grußwort und Kranzniederlegung
07.07.12	Penzlin	Schicksalsaufarbeitung Müritzkreis nach 1945	Gedenkveranstaltung	Grußwort und Kranzniederlegung
24.08.12	Schwerin	Konrad-Adenauer-Stiftung, NDR, Landeshauptstadt Schwerin	Podiumsdiskussion	25 Jahre Städtepartnerschaft Wuppertal-Schwerin
30.08.12	Schwerin	Bundeswehr	Workshop	Das Ministerium für Staatssicherheit: Arbeitsweisen - Auswirkungen - Aufarbeitung
11.09.12	Schwerin		Lesung und Diskussion	Vera Lengsfeld „Ich wollte frei sein. Die Mauer, die Stasi, die Revolution“
15.09.12	Klein Trebbow	Denkstätte Teehaus Trebbow e. V.	Vortrag und Diskussion	„Mutige Frauen. Widerständiges Verhalten in Zeiten von Diktaturen“
23.09. - 25.09.12	Bützow	Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Memoriale e. V., Landeszentrale für politische Bildung M-V, Stadt Bützow	Tagung	10. Häftlingstreffen Bützow „Die Gegenwart der DDR-Vergangenheit: Warum wir nicht aufhören, darüber zu reden.“
25.09.12	Barth	Niederdeutsches Bibelzentrum St. Jürgen, Barth	Lesung und Gespräch	Ulrich Schacht „Vereister Sommer“
01.10. - 03.10.12	München	Konferenz der Landesbeauftragten	Beratung, Gespräche, Ausstellung	Zentrale Feier zum Tag der Deutschen Einheit
06.10.12	Neubrandenburg	Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, Verein Latücht e. V.	Jahrestreffen	Jahrestreffen der Mitglieder der Lagergemeinschaft
25.10. - 27.10.12	Güstrow	Bundeszentrale für politische Bildung, Evangelische Akademie der Nordkirche	Seminar	Fortbildung Telefonseelsorge: „Der lange Schatten der DDR. Aneignungsprozess der eigenen Biografie“
05.11. - 06.11.12	Erfurt	Landesbeauftragte Thüringen	Tagung	Vom Sowjetischen Geheimdienst zur DDR-Staatsicherheit. Transformation der Untersuchungshaftanstalten
08.11.12	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V	Lesung und Diskussion	Thomas Raufeisen „Der Tag, an dem uns Vater erzählte, dass er ein DDR-Spion sei“
08.11.12	Ludwigslust	Landeszentrale für politische Bildung M-V	Lesung und Gespräch	„Sehnsucht hinter Mauern“, Roger Loewig, Stephan Krawczyk und Uwe Richter im Gespräch
08.11.12	Schlagsdorf	Grenzhuis Schlagsdorf	Ausstellungseröffnung	„GRENZWEGE Schlagsdorf - Lesezeichen in der Natur zur deutschen Teilung“
09.11.12	Elbe-Gymnasium Boizenburg	Politische Memoriale e. V.	Lesung und Diskussion	Ruth Hoffmann und Thomas Raufeisen „Der Tag, an dem uns Vater erzählte, dass er ein DDR-Spion sei“
12.11.12	Grabow	Kirchgemeinde Grabow	Vortrag und Gespräch	Friedensdekade „Aufarbeitung und Versöhnung“
15.11.12	Schwerin	Waldorfschule	Projekttag	Stalinismus

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
15.11. - 16.11.12	Prora	Prora-Zentrum e. V., Politische Memoriale e. V.	Tagung	„Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven. Zeitzeugenberichte in der Bildungsarbeit zur NS- und DDR-Geschichte“
18.11.12	Neubrandenburg	Verein Latücht e. V.	Filmvorführung und Gespräch	„Sportclub Neubrandenburg“
27.11.12	Schwerin	Kino Capitol	Filmvorführung und Diskussion	Schulkinowoche „Barbara“
28.11.12	Schwerin	Landtag	Vortrag	Jens Schöne „60 Jahre Volksaufstand“
06.12. - 07.12.12	Berlin	Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, Robert-Havemann-Gesellschaft	Tagung, Ausstellungseröffnung, Podiumsdiskussion	Die Gruppen „Frauen für den Frieden“ in der DDR

Tabelle 5: Das Projekt „Demokratie auf Achse“ in Zahlen

Jahresvergleich	2008	2009	2010	2011	2012	insgesamt
Besuchte Bildungseinrichtungen	34	44	41	54	58	231
Besuchte öffentliche Plätze	32	43	41	40	28	184
Erreichte Schüler	2.300	3.100	2.900	3.800	3.900	16.000
Erreichte Bürger	1.200	1.900	1.800	1.600	1.000	6.600
Gefahrene Kilometer	7.000	20.000	15.000	20.000	18.000	80.000
Gestellte Anträge auf Stasiakteneinsicht	350	600	400	400	250	2.000

Grafik 2: Besuchte Stationen

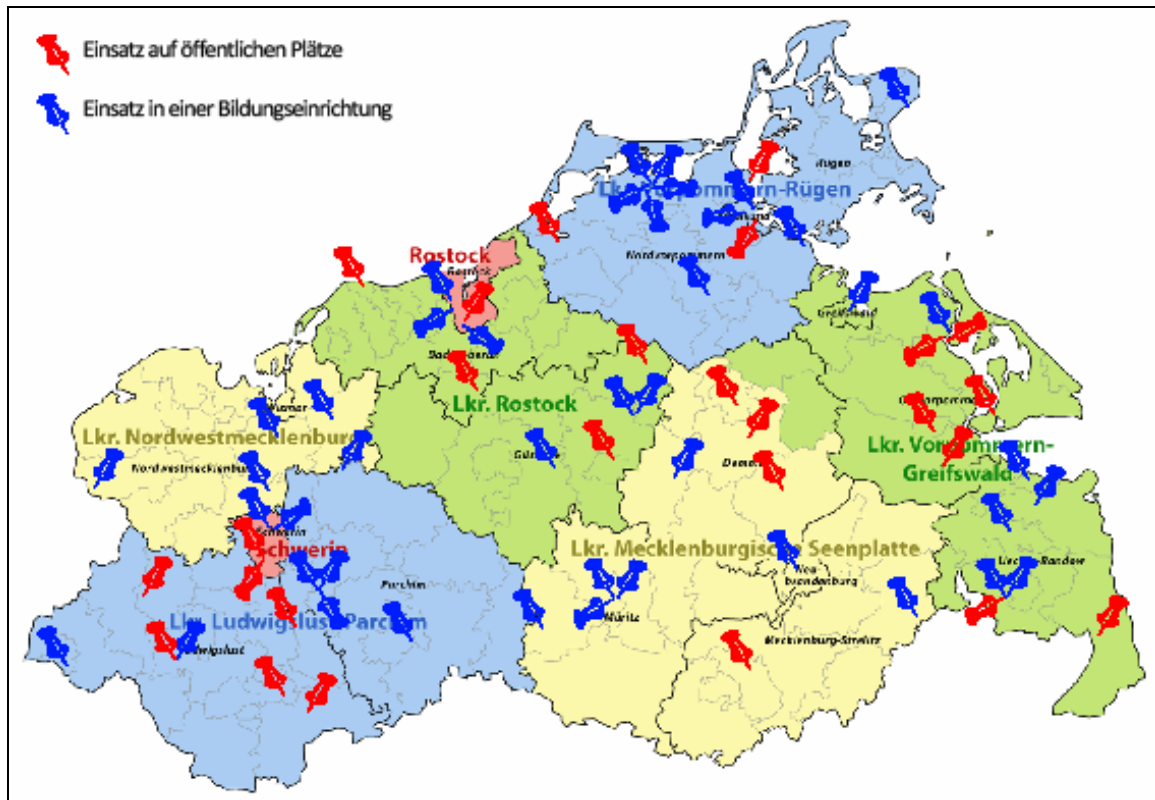


Tabelle 6: Projekttag an Bildungseinrichtungen und Veranstaltungen des Projekts „Demokratie auf Achse“

Datum	Ort	Institution	Art der Veranstaltung
07.02.2012	Parchim	Friedrich-Franz-Gymnasium	Planspiel „Wahl“
14.02.2012	Barth	ABS Bildungszentrum Barth	Projekttag „Ostpunk“
15.02.2012	Barth	ABS Bildungszentrum Barth	Planspiel „Akronia“ & „Wahl“
24.02.2012	Schwerin	Zenit	„Nacht der Zukunft“
07.03.2012	Barth	ABS Bildungszentrum Barth	Planspiel „Wahl“ & PT „Ostpunk“
19.03.2012	Schwerin	Sportgymnasium	Planspiel „Wahl“
20.03.2012	Schwerin	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
21.03.2012	Malchow	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
22.03.2012	Rostock	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
13.04.2012	Neukloster	Gymnasium	PT „Das Leben der Anderen“
17.04.2012	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
18.04.2012	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
19.04.2012	Neubrandenburg	Gymnasium	Planspiel „Akronia“
23.04.2012	Grabow	Markt	Bürgerberatung
24.04.2012	Hagenow	Markt	Bürgerberatung
25.04.2012	Ludwigslust	Markt	Bürgerberatung
26.04.2012	Dorf Mecklenburg	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
03.05.2012	Torgelow	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
04.05.2012	Ueckermünde	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
08.05.2012	Lalendorf	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
08.05.2012	Demmin	Hafen	Demo gegen Rechts
09.05.2012	Woldegk	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
12.05.2012	Usedom	Peenewiesen	VOICES‘12
14.05.2012	Waren	Berufsschule	Europatag
15.05.2012	Waren	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
21.05.2012	Teterow	Markt	Bürgerberatung
22.05.2012	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
23.05.2012	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
05.06.2012	Kühlungsborn	Markt	LStU Bürgerberatung
06.06.2012	Eggesin	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
12.06.2012	Reutershagen	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
13.06.2012	Schwaan	Markt	Bürgerberatung
14.06.2012	Schlagsdorf	Regionale Schule	PT „Gemeindevertreter-sitzung“
18.06.2012	Brüel	Regionale Schule	PT „Mauer“
19.06.2012	Hagenow	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
20.06.2012	Boizenburg	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
21.06.2012	Boizenburg	Gymnasium	Planspiel „Wahl“

Datum	Ort	Institution	Art der Veranstaltung
26.06.2012	Barth	ABS Bildungszentrum Barth	Planspiel „Wahl“
27.06.2012	Stralsund	Berufsschule	Planspiel „Wahl“
28.06.2012	Stralsund	Berufsschule	Planspiel „Wahl“
29.06.2012	Stralsund	Berufsschule	Planspiel „Wahl“
30.06.2012	Stralsund	Markt	M-V-Tag
01.07.2012	Stralsund	Markt	M-V-Tag
05.07.2012	Greifswald	Berufsschule	Aufbau, Struktur MfS
06.07.2012	Greifswald	Berufsschule	Aufbau, Struktur MfS
07.07.2012	Neustrelitz	Markt	Demo gegen Rechts
04.08.2012	Jamel	Dorfplatz	Forstrock
07.08.2012	Pasewalk	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
08.08.2012	Reinberg	Gymnasium	PT „Gemeindevertreter- sitzung“
09.08.2012	Reinberg	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
10.08.2012	Pasewalk	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
11.08.2012	Pasewalk	Pommernscheune	Aktionsbündnis gegen Rechts
18.08.2012	Parow	Marineteknikschule	Tag der offenen Tür
21.08.2012	Barth	ABS Bildungszentrum Barth	Planspiel „Wahl“
22.08.2012	Wittenburg	Markt	Workshop Stadtentwicklung
29.08.2012	Lübstorf	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
30.08.2012	Ribnitz- Damgarten	Markt	Bürgerberatung
04.09.2012	Sassnitz	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
05.09.2012	Sassnitz	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
11.09.2012	Crivitz	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
12.09.2012	Crivitz	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
13.09.2012	Crivitz	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
18.09.2012	Waren	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
19.09.2012	Waren	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
20.09.2012	Waren	Gymnasium	Planspiel „Wahl“
25.09.2012	Wolgast	Berufsschule	Planspiel „Wahl“
26.09.2012	Stralsund	Sticker-Theater	Planspiel „Wahl“
27.09.2012	Stralsund	Sticker-Theater	Planspiel „Wahl“
29.09.2012	Ramin	Genderwerkstatt	deutsch-polnische Begegnung
09.10.2012	Anklam	Markt	Bürgerberatung
10.10.2012	Wolgast	Markt	Bürgerberatung
11.10.2012	Ducherow	Markt	Bürgerberatung
13.10.2012	Sarow	Feuerwehrhaus	Demokratiefest
17.10.2012	Crivitz	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
18.10.2012	Rostock	Stadthalle	Schüler-AG-Konferenz
23.10.2012	Malchin	Berufsschule	Referat Röllig: Berliner Mauer
24.10.2012	Gnoien	Markt	Bürgerberatung
25.10.2012	Altentreptow	Markt	Bürgerberatung

Datum	Ort	Institution	Art der Veranstaltung
09.11.2012	Wolgast	Markt	Demo gegen Rechts
12.11.2012	Franzburg	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
14.11.2012	Franzburg	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
15.11.2012	Franzburg	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
19.11.2012	Schwerin	Ärztehaus	Ausstellungsbetreuung
20.11.2012	Schwerin	Ärztehaus	Ausstellungsbetreuung
19.12.2012	Barth	ABS Bildungszentrum Barth	Planspiel „Wahl“
20.12.2012	Rostock	Borwinschule	Vorbereitungstreffen PT 2013